



ELEKTRONISCHER BRIEF

E-Mail: [REDACTED]

Herrn [REDACTED]

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4771
Mail: Poststelle@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

31. August 2018

Mein Aktenzeichen 0230-1#2018/2 Bitte immer angeben!	Ihr Schreiben vom 20. August 2018	Ansprechpartner/-in / E-Mail Christin Hutter medienreferat@stk.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-5729 06131 16-4721
---	---	--	--

Ihr Antrag #32947 „Verantwortliche des Rundfunkbeitragsystems“

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

wir haben Ihre Nachricht vom 23. August 2018 erhalten.

Um der – wie von § 11 Abs. 2 Satz 1 LTranspG geforderten – Feststellbarkeit der Identität nachzukommen, genügt es nicht, Vorname und Zuname mitzuteilen. Vielmehr ist neben der Angabe des Namens auch die Mitteilung der Adresse erforderlich (vgl. Nr. 11.2.1 Abs. 1 Satz 2 der Verwaltungsvorschrift zum Landestransparenzgesetz – VV-LTranspG –).

Des Weiteren folgt aus den rundfunkrechtlichen Staatsverträgen kein Anspruch, der das von Ihnen angesprochene Begehren stützt.

Bitte beachten Sie das im Anhang befindliche Merkblatt „Informationspflicht nach Art. 13 und 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)“.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.

Christin Hutter

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig

Anlage: Merkblatt „Informationspflicht nach Art. 13 und 14 EU-DSGVO“

Gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (EU-DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in der Staatskanzlei zu informieren:

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Chef der Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Telefon: 06131/16-0, Fax: 06131/164771, E-Mail: poststelle@stk.rlp.de

2. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel.: 06131/16-0, E-Mail: datenschutz@stk.rlp.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden dafür erhoben, um Ihr Anliegen zu bearbeiten.
Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) EU-DSGVO in Verbindung mit § 3 Landesdatenschutzgesetz i. V. m. Art. 11 Landesverfassung und Art. 17 Grundgesetz bzw. § 11 Landestransparenzgesetz (bei einer Anfrage nach dem Landestransparenzgesetz) verarbeitet; bei ausdrücklicher Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) EU-DSGVO.

4. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Die Staatskanzlei verarbeitet die von Ihnen übermittelten personenbezogenen Daten.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden gegebenenfalls an die im Anschreiben genannten Stellen übermittelt, um Ihr Anliegen zu prüfen.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung für die Dauer der Bearbeitung Ihres Anliegens oder so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten erforderlich ist; längstens 10 Jahre.

8. Betroffenenrechte

Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 EU-DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 EU-DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 EU-DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dann die Bearbeitung Ihres Anliegens gegebenenfalls nicht mehr möglich ist.
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 EU-DSGVO).
- Wenn Sie in die Verarbeitung durch die Staatskanzlei durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Staatskanzlei, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Bei datenschutzrechtlichen Beschwerden können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon: +49 (0) 6131 208-2449, Telefax: +49 (0) 6131 208-2497, Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de.